

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1942/2011 zur Sitzung Stadtrat am 02.11.2011**

**gem. Resolution: Steigerung des Fluglärms nach Inbetriebnahme der neuen Startbahn Nord-West (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ödp/Freie Wähler)**

Seit dem 21. Oktober 2011 ist die Landebahn Nord-West in Betrieb. Seitdem kommen die Mainzer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zur Ruhe.

Mit Inbetriebnahme der neuen Nordwest-Landebahn und damit einhergehend mit den neuen An- und Abflugrouten ist die Lärmbelastung in Mainz und der rheinhessischen Umgebung erheblich gestiegen. Mehr als zwei Drittel der Flugbewegungen zur neuen Landebahn überfliegen die Stadt Mainz und ihre Umland.

Mit der Verschiebung des nördlichen Gegenanflugs bei Ostwind, der Südumfliegung bei Betriebsrichtung West und einer gleichzeitigem Absenkung der Überflughöhen verläuft nun über dem gesamten Stadtgebiet von Mainz eine Lärmschneise. Bei Ostwind erzwingen die Flugrouten bei Landungen Eindrehvorgänge, die mit zusätzlichem Fluglärm verbunden sind.

Die geringen Flughöhen belasten den Kernbereich der Landeshauptstadt mit Innenstadt, zahlreichen Arbeitsstätten und Wohngebieten, vor allem in südlichen Stadtteilen. Für die Lebensqualität und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger sowie für die Leistungsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsraumes ist diese massive Lärmbelastung nicht tragbar. Im Bereich der Innenstadt sind auch die drei großen Mainzer Krankenhäuser betroffen. Die Universitätskliniken, das St. Hildegardis-Krankenhaus sowie das St. Vincenz- und Elisabeth-Hospital werden nun von den landenden Flugzeugen in geringen Flughöhen überfliegen und verursachen dabei einen erheblichen Lärmteppich, der den Bemühungen zur Gesundung der Patientinnen und Patienten konträr entgegensteht. Zahlreiche medizinische Studien belegen klar: Fluglärm macht krank!

Am 22. Oktober 2011 gingen mehr als 10.000 Menschen in Mainz auf die Straße, um ihren Protest gegen den immer weiter zunehmenden Fluglärm über ihrer Stadt Ausdruck zu verleihen und sich für ein dauerhaftes Nachtflugverbot einzusetzen.

Die Stadt Mainz setzt sich seit über 10 Jahren gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens ein und geht gerichtlich gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Bau der neuen Nordwest-Landebahn vor. Dabei steht insbesondere die Durchsetzung eines absoluten Nachtflugverbots im Mittelpunkt. Im Einsatz gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens hat die Stadt Mainz in der Vergangenheit über 1 Million Euro für Rechtsberatung investiert.

Mit diesen Bemühungen stehen wir nicht allein. Auch zahlreiche andere Kommunen wenden sich gegen den Fluglärm und haben teilweise Klage erhoben. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den vom Landtag des Landes Rheinland-Pfalz in seiner Sitzung im Oktober 2011 einstimmig verab-

schiedeten Entschließungsantrag zum Schutz der Bevölkerung vor weiterer Lärmbelastung, sowie den Einsatz des Landes Rheinland-Pfalz für klare rechtliche Regelungen zum Schutz vor Fluglärm. **Die Unterzeichner fordern die Bundesregierung, die hessischen Landesregierung, das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung, die Deutsche Flugsicherung (DFS) und die Fraport AG auf, sich aktiv in Gesetzgebungs- und Genehmigungsverfahren sowie dem Geschäftsbetrieb für einen wirksamen Lärmschutz von Mainz und der Region einzusetzen:**

1. Wir begrüßen das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 11.10.2011 zur Aussetzung der Nachtflüge und fordern die Landesregierung Hessen auf, das Flugverbot nicht mit großzügigen Regelungen und Ausnahmen für Verspätungen und Verfrühungen auszuhebeln. Von dem Bundesgesetzgeber fordern wir ein dauerhaftes Nachtflugverbot von 22.00 – 6.00 Uhr.
2. Die Stadt Mainz bittet die DFS bei der aktuellen Überprüfung der Flugrouten, deren Ergebnisse im November erwartet werden, lärmarme Flugverfahren und die Anhebung der Anflughöhe über Mainz besonders zu berücksichtigen. Alternative lärmverminderte An- und Abflugverfahren sollen zeitnah eingeführt werden.
3. Der Stadtrat fordert als Direktmaßnahme ein sofortiges Anheben der Flughöhen über den betroffenen Kliniken. Die An- und Abflugverfahren müssen so verändert werden, dass beim Überfliegen der Kliniken eine unzumutbare, gesundheitsgefährdende Belastung der Patientinnen und Patienten unterbleibt.
4. Wir fordern die Fraport AG auf, bei der Festsetzung von Landeentgelten die Lärmwirksamkeit der Flugzeuge stärker zu gewichten.
5. Wir fordern den Bundesgesetzgeber auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um das Genehmigungsverfahren für Flugrouten transparenter zu gestalten und die Beteiligung der betroffenen Kommunen zu sichern. Bei der Festlegung von Flugrouten und anderen Flugverfahren soll nach der Sicherheit der Lärmschutz prioritär berücksichtigt werden. Ein Minimierungsgebot für Fluglärm soll im Luftverkehrsgesetz verankert werden.
6. Es muss sichergestellt werden, dass es in Folge der Umwandlung der Deutschen Flugsicherung DFS nicht zu Einsparungen kommt, die die Prüfung von lärmschonenden An- und Abflugverfahren sowie alternative Flugroutenplanungen erschweren oder unmöglich machen.

Dr. Andrea Litzenburger (CDU)  
Oliver Sucher (SPD)  
Ansgar Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Koppius (FDP)  
Dr. Claudius Moseler (ödp/Freie Wähler)